

Lichtenstein-Caßbäger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Schindorf, Mühl, Bernsdorf, Riedorf, St. Egidien, Heinrichsberg, Marien, Raudorf, Ottmannsdorf, Mülsen St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, St. Margaretha, Thurn, Niedermühle, Schönbach und Linsheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

61. Jahrgang.

Nr. 76.

Herabsetzung
im Amtsgerichtsbezirk

Sonnabend, den 1. April

haupt-Intendanten
im Amtsgerichtsbezirk 1911

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags nachmittags für den folgenden Tag. — Wochentagszeitungen kostet 1 Mkr. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mkr. 75 Pf. — Späte Nummern 10 Pf. — Zeitungen zwischen der Ausgabezeit in Lichtenstein, Zwischenzeit 10 Pf. Etwa, als Sonntagszeitungen erscheinen, Postkarten, Postkarten, sowie die Ausländer entzogen. Zeitungen werden die Sonntagszeitungen kostet 10 Pf., für ausländische Zeitungen mit 15 Pf. hergestellt. Zeitungen 20 Pf. Die amtlichen Zeitungen kostet die Sonntagszeitungen 10 Pf. — Zeitungen-Ausgaben täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs **Justus May** Siegling in Lichtenstein ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Beteiligung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, sowie über die Gestaltung der Auslagen und die Bewilligung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerschaftes

der Schluttermittlung auf den 28. April 1911, vormittags 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte bestimmt worden.

Lichtenstein, den 30. März 1911.
Königliches Amtsgericht.

Das Wichtigste.

* Das preußische Feuerbestattungsgesetz wurde von der Kommission des Abgeordnetenhauses mit Stimmenübereinstimmung abgelehnt.

* Der erste Vorsitzende des Evangelischen Bundeskonzils v. Lessel hat sein Amt niedergelegt.

* In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde Oberbürgermeister Kirschner von Berlin mit 98 von 98 abgegebenen gültigen Stimmen auf die Dauer von zwölf Jahren zum Oberbürgermeister von Berlin wiedergewählt.

* Kaiser Franz Josef unterzeichnete das Patent, bestehend Auflösung des Abgeordnetenhauses. Die Neuwahlen werden in der ersten Hälfte des Monats Juni stattfinden.

* In London wurde zur Erinnerung an die vor hunderten Jahren erfolgte autorisierte englische Bibelübersetzung eine Gedächtnisfeier abgehalten, in welcher der Premierminister das Wort nahm und eine die Vereinigung der beiden anglo-sächsischen Nationen feiernde Botschaft des Präsidenten Taft verlesen wurde.

* Der Sultan hat das Todesurteil gegen den Mörder des Oberstleutnants von Schlichting bestätigt. Er wird am Sonnabend erschossen werden.

Der Etat des Reichskanzlers.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg ergriff gegen den Reichstag zur Frage der Abrüstung und der internationale Schiedsgerichte das Wort, zunächst ließ er aber die Vertreter der großen Parteien aufmarschieren.

In Vertretung des erranten Zentrumstaatsmanns Freiherrn von Berling beleuchtete zuerst der Vizepräsident Spann in kurzen, auf der Tribüne zum großen Teil unverständlichen Worten die äußere Lage des Reichs. Sein Wunsch ist, wir mögen die freundlichen Beziehungen zum Auslande aufrecht erhalten. Ein Ehrenhauptspruch nach Herrn Spann war die fröhliche, wohlgedachte Rede des konservativen Grafen Ranck. Mit außerordentlicher Herzlichkeit gebadete er der Italiener Italiens. Die Schaffenskraft des klühenden Landes, das unserem Bunde angehört, sei eine gute Gewähr für den Weltfrieden. Die äußere Linie mache Groß-König austriatisch, als er den Grund für unser gutes Verhältnis zu Russland auch in der Gemeinsamkeit unserer monarchischen Institutionen sieht. Beim Schlußreden Marollo verweilte er nur kurze Zeit. Deutlich länger beim Abkommen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, die sich mit Aneignungsgebäuden hinsichtlich Kanadas trugen. Er spielt den Kampf aus, daß England in uns also nicht seinen größten Gegner seien dürfe. Unter dem Beifall der Rechten bat er zum Schlus weiter um die ruhige, sichere Leitung unserer auswärtigen Politik.

Auch der Vertreter der Sozialdemokratie, Herr Scheidemann, sprach über auswärtige Politik. Er nahm für die internationale Sozialdemokratie allein das Verdienst in Anspruch, den Völkerfrieden gefördert zu haben. Der japanische Krieg und die russische Revolution hätten die Weltlage zu Gunsten Deutschlands verändert. Der Siegen sei also von unten und nicht von oben gekommen. Das deutsche Volk dürfe sich die Last der Rüstungen nicht länger gefallen lassen. Der Abrüstungsgedanke müsse siegen. Der Kanzler holt den Saal verlassen und kehrte erst zurück, als der national-liberalen Führer vor einem Auktionsbündel das Wort ergriff. Herr Bassemann sprach eine volle Stunde. Hauptsächst leidenschaftlos über die auswärtige Politik.

Er kam zu dem Ergebnis, daß man unserer deutschen auswärtigen Politik für die ruhige und entschiedene Entwicklung Dank sagen müsse. Gegen die Resolution über die Einschränkung der Rüstungen habe seine Partei erhebliche Bedenken. Mit dem Wunsche, die Erfahruungsschriftliche Versetzung reforme möge zustande kommen, leitete Bassemann auf die innere Politik über. Und nun brach der Sturm bei der Mehrheit los, als er auf die verworrene innere Situation in Deutschland sah und sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der antisozialen und antinationalen Finanzreform brachte. Unter lärmenden Zurufen der Rechten befürchtete er Herrn von Heydebrandt, der von der Landwirtschaftsfeindschaft der Nationalliberalen geprägt habe. Seine Partei verlangt nach wie vor gebührenden Einfluß des Liberalismus und werde sich in diesem Kampf weder durch Losungen, noch durch Drohungen beeinflussen lassen. Die Nationalliberalen stimmen ihrem Führer stürmisch zu, Zentrum und Rechte rückten.

Herr Wiemer von den Fortschrittslichen fiel keine leichte Aufgabe zu, in diesem Kampfe das Wort zu ergreifen. Nur allmählich konnte er sich in dem Raum durch sein klares Organ Gehör verschaffen. Auch er ist alles in allem zufrieden mit der äußeren Politik. In der Abrüstungsfrage erwartet er endlich die Taten des Kanzlers. Die innere Lage bezeichnete der fortgeschrittliche Führer als zerfahren. Der Kanzler hatte, als der Wahlkampf während Bassemanns Rede zu töben begann, unwillig den Saal verlassen. Er kehrte in den Saal zurück, als Herr Wiemer gerade die Frage an den Kanzler richtete, wann die Neuwahlen stattfinden werden. Der Kanzler lachte, als wollte er sagen: „So etwas plaudert man nicht aus.“ Die Rechte rief laut aha!, als Herr Wiemer der Hoffnung Ausdruck gab, im nächsten Wahlkampf mit den Nationalliberalen eine Front bilden zu können.

Dann erhob sich der Kanzler.

Auf das Gebiet der Parteipolitik begab er sich nicht. Er äußerte sich zu den Resolutionen über Abrüstung und Schiedsgericht. Seine Ausführungen waren durch und durch klar. Er hat sich mit dem Abrüstungsproblem sehr viel beschäftigt, und konnte aus dem Bollen schöpfen. So sah sich der Kanzler über die Abrüstungsarbeit der internationalen Komitees freut als Gegen gewicht gegen überantwortliche Preßkreise, so sehr ist er in der Presse Gegner der Abrüstungs vorschläge, die noch keiner in ein solches Programm habe zwingen können. Es müßte ja sonst eine Art Rangordnung aufgestellt werden, meint der Kanzler, in die jede Nation mindestens mit ihrem Einfluß eingebracht wird. Auch für die gegenwärtige Stärke der Armeen habe man noch keinen brauchbaren Maßstab gefunden. Und vor allem sei die Kontrolle undurchführbar. So lange Menschen Menschen sind, sei die Abrüstungsfrage unlösbar. Gegen einen Meinungsaustausch mit England über Schiffskräfte hat der Kanzler nichts einzubringen. Auch den Schiedsgerichtsverträgen steht er nicht ablehnend gegenüber. Unter lebhaftem Beifall warnte er, die rauhe Wirklichkeit zu vergessen, die gebietet, daß der Schwache die Vente des Starken wird.

Auffälligerweise ist die kurze Mitteilung des Staatssekretärs des Auswärtigen, daß alle Vorstellungen bei der portugiesischen Regierung wegen Verlehung des Eigentums eines Deutschen in Lissabon bisher vergeb-

lich gewesen sind, u. daß die Regierung die Rechte euer- gisch wahren werde.

Der Saal leerte sich, während der Pole Morawski eine Rede hielt. Der fortschrittliche Eichhoff trat noch kurz für Schiedsgerichtsverträge ein, dann vertrat sich das Haus. Heute wird der parteipolitische Kampf befeuert. Nach der Bassemannschen Rede zieht der Wettermesser auf Sturm.

Deutsches Reich

Berlin. (Der großende Herzog.) Ein Wiener Blatt behauptet, daß man in Wien enttäuscht sei, daß auch diesmal wieder eine Begegnung zwischen Kaiser Wien und dem Herzog von Cumberland nicht zustande gekommen sei, obgleich von sehr hoher Seite Versuche in dieser Richtung unternommen worden wären. Hierzu erfährt die „Neue Preußische Korrespondenz“ von gutunterrichteter Seite, daß eine Begegnung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Herzog weder verabredet noch ermarrt worden ist. Jedenfalls ist der Kaiser nach Wien gefahren, ohne mit einer solchen Begegnung zu rechnen, von der auch sonst nicht das geringste verlautet hat. Möglich ist, daß Kaiser Franz Josef früher einmal den Versuch unternommen hat, eine Versöhnung herbeizuführen, ein Versuch, der aber an dem starken Sinn des Herzogs gescheitert ist. Lebhaftig ist kaum anzunehmen, daß der Kaiser besonders bedauert haben sollte, auf eine Begegnung mit dem Herzog verzichten zu müssen, da er diesem wiederholt Gelegenheit zur Verbindung gegeben hat, ohne daß der Herzog in die dargebotene Hand eingeschlagen hätte.

(Eine neue Wahlkreiseinteilung,) die zum ersten Mal bei den nächsten Reichstagswahlen am 25. Januar 1912 in Anwendung kommen soll, beschäftigt zur Zeit die Reichsregierung. Man will einen Ausgleich schaffen zwischen der Übervölkerung der großen Städte und der Einwohnerzahl des flachen Landes. Die Wahlberechtigten sollen gleichmäßig auf die Ausübung ihres Wahlrechts gruppirt werden. Vorläufig dividieren die einzelnen Vorläufigen noch miteinander. Am ausichtreichsten scheint jedoch der zu sein, als diesen Bereich der Reichsrat Vierpaß bezeichnet wird, einem breiten und einzufließenden Beamen in den maßgebenden Kreisen. Dieser Plan, über den wir uns noch nicht ausführlicher unterhalten dürfen, soll in erster Linie den Ordnungsparteien zugute kommen, namentlich den rechtsstrebenden. Die in Anwendung gelangende Wahlkreisgeometrie dieses Vorschlags führt auf der zentralen Karte zur Annahme der reziproken Differential- und Integralrechnung.

(Von Prof. Voß-Lüdingen.) Die Reichstagskammer zur Vorberatung der el.-as.-lohrschen Verfassung begann die Beratung des Wahlgesetzes. Der grundlegende Vierwinkel-Vorlage wurde mit 14 zu 14 abgelehnt. Ebenso wurden alle Entwürfe, die auf ein Datum der Wahl abgestellt waren, abgelehnt.

(Der neue Zeppelinland) unternahm gestern Zeppelin einen ersten

monatlichen Aufstieg

wird nun doch in

Die freundliche

Rußland un-

dürfen aus-

reits mit de-

Bagdad auf